



Projektgruppe „Datenschutz“ Themenkatalog (Stand: 14. März 2011)

1. Bestandsaufnahme bestehender Datenschutzregelungen

- Internationale Abkommen zum Datenschutz (z. B. Safe Harbor)
- Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Europäisches Primärrecht)
- Richtlinien zum Datenschutz (Europäisches Sekundärrecht)
- das Grundgesetz (Grundrechte)
- das Bundesdatenschutzgesetz
- sonstige datenschutzrechtliche Bestimmungen in anderen Gesetzen (z. B. SGB I und X)
- Landesdatenschutzgesetze
- Datenschutzverordnungen
- Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Datenschutz
- Rechtsprechung der Bundesverfassungsgerichts zum Thema Datenschutz
- Rechtsprechung der nationalen Verwaltungs- und Zivilgerichte zum Thema Datenschutz
- EU: Überarbeitung der EU-Datenschutzrichtlinie, Umsetzung der E-Privacy-Richtlinie
- Auslegung vorhandener Gesetze durch die Verwaltung, Vollzug durch Verwaltungsbehörden

2. Datenschutz

2.1 *Prinzipien, Ziele, Werte*

Recht auf informationelle Selbstbestimmung / Einwilligung / Grundrechtsverzicht
Schutz des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts

- Dürfen Einzelne gegen ihren Willen geschützt werden? Differenzierung des Datenschutzbedürfnisses
 - Stärkung des Datenschutzbewusstseins / Selbstdatenschutzes
 - Sicherheit von Daten / Technischer Schutz
 - Anonymität und Identitätsmanagement im Internet
 - Grenzen des nationalen Datenschutzrechts
 - Recht auf Anonymität
 - kollidierende Rechtsgüter
 - Schutzgegenstand: Was sind personenbezogene Daten? Wieweit geht der Schutzbedarf?
 - Datenschutz bei besonders schutzbedürftigen Gruppen wie z. B. Kindern und Jugendlichen
-

2.2 *Datenschutz im öffentlichen Bereich*

- Datenschutz in öffentlichen Einrichtungen
- Mögliche Erweiterung des Grundgesetzes im Hinblick auf das Kommunikationsgeheimnis und/oder Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
- Datensicherheit
- Datenschutzaudit und Gütesiegel zum Zwecke der Vertrauensbildung

2.3. *Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich*

- Ausgestaltung und Reichweite von Transparenzinstrumenten (Informationspflichten, Auskunftsrechte)
- Cloud Computing
- „Verfallsdaten“ im Internet, regelmäßige erneuerbare Zustimmungspflicht
- „Privacy by design“
- Erstellen von Verhaltensprofilen, Behavioral Tracking, Verknüpfung von (persönlichkeitsbezogenen) Daten / Suchmaschinen
- Datenweitergabe und -handel
- Spannungsfeld Datenschutz und (internationale) Geschäftsmodelle (Beispiel Facebook und VZ)
- Selbstverpflichtungen und Selbstregulierungen der Internetwirtschaft
- Schadensersatzansprüche im Datenschutzrecht
- Transfermöglichkeit der regulierten Selbstregulierung auf den Bereich des Datenschutzes
- Beschäftigtendatenschutz
- Datenschutz als Standortfaktor

3. Resultierender politischer Handlungsbedarf

a) Nationale Datenschutzaufsicht

- Audits / Zertifizierungen
 - Rolle der Datenschutzbeauftragten
 - Unterscheidung von möglichen Regelungsdefiziten bzw. Vollzugsdefiziten
-

b) Grundsätzliche Novellierung des BDSG

- Anpassung des Bundesdatenschutzgesetzes an das digitale Zeitalter; Notwendigkeit spezifischer oder Änderung bestehender Regelungen, z. B. zur Gewährleistung der informierten und bewussten Einwilligung, zum Schutz der personenbezogenen Daten Dritter, zum Ausgleich zwischen dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und den Recht auf Informationsfreiheit, vereinfachte Wahrnehmung von Rechten der Betroffenen, technikneutraler Wortlaut, Konvergenz und bereichsspezifische Regelung (BDSG;TMG;TKG)

c) International

- Neues Datenschutzgrundsatzabkommen zwischen EU und USA
 - Überarbeitung von Safe Harbor
-